

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR FORSCHUNG
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

NATUR-, INGENIEUR- UND GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

126. SITZUNG
AM 3. JULI 1963
IN DÜSSELDORF

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR FORSCHUNG
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

NATUR-, INGENIEUR- UND GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

HEFT 140

HEINRICH NIEHAUS

Aktuelle Fragen der Agrarpolitik im Rahmen
der europäischen Integration

JOSEPH STRAUB

Probleme der Pflanzenzüchtung
im neuen Europa

HERAUSGEGEBEN

IM AUFTRAGE DES MINISTERPRÄSIDENTEN Dr. FRANZ MEYERS
VON STAATSSSEKRETÄR PROFESSOR Dr. h. c., Dr. E. h. LEO BRANDT

HEINRICH NIEHAUS

Aktuelle Fragen der Agrarpolitik im Rahmen
der europäischen Integration

JOSEPH STRAUB

Probleme der Pflanzenzüchtung
im neuen Europa



SPRINGER FACHMEDIEN WIESBADEN GMBH

ISBN 978-3-663-03085-0 ISBN 978-3-663-04274-7 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-663-04274-7

© 1965 by Springer Fachmedien Wiesbaden

Ursprünglich erschienen bei Westdeutscher Verlag · Köln und Opladen 1965

INHALT

Heinrich Niehaus, Bonn

Aktuelle Fragen der Agrarpolitik im Rahmen der europäischen
Integration 7

Diskussionsbeiträge

Präsident Dr. agr., Dipl.-Landw. *Martin Frey*; Staatssekretär
Professor Dr. h. c., Dr.-Ing. E. h. *Leo Brandt*; Landtagsabgeordneter
Wilhelm Wehren; Ministerialdirektor Dr. *Wilhelm Grau*; Professor Dr.
phil. *Heinrich Niehaus* 35

Joseph Straub, Köln-Vogelsang

Probleme der Pflanzenzüchtung im neuen Europa 53

Diskussionsbeiträge

Landtagsabgeordneter *Eugen Gerards*; Professor Dr. phil. *Joseph
Straub*; Präsident Dr. agr., Dipl.-Landw. *Martin Frey*; Professor
Dr. agr. *Hans Braun*; Professor Dr. phil. *Fritz Micheel*; Professor
Dr. rer. nat. *Hans Roß* 79

Aktuelle Fragen der Agrarpolitik im Rahmen der europäischen Integration

Von *Heinrich Niehaus*, Bonn

Wenn man vom „Rahmen“ spricht, hat man eine Gedankenassoziation und denkt an das Bild. Da fällt mir eine Bemerkung eines Engländers ein: Wer über die EWG urteilen soll, befindet sich in ähnlicher Lage wie ein Mann, dem die Aufgabe gestellt wird, in einem dunklen Raum ein Bild an einem Nagel aufzuhängen, der noch gar nicht da ist. Das ist ein guter Hinweis auf die Situation, in der sich die EWG befindet, insbesondere nach der Katastrophe, die am 14. Januar eingetreten ist, als de Gaulle sein Veto gegen den Beitritt Großbritanniens eingelegt hat. Das war, wie Sie wissen, ein Ausdruck einer vollkommen anderen politischen Konzeption, die sich natürlich auch auf die Wirtschaftspolitik in Europa auswirkt.

Daran hat sich ein Streit um die Termine angeknüpft. Hier ist es sehr interessant, sich einmal zu überlegen, von welchen Motiven eigentlich die verschiedenen Länder ausgehen. Die französischen Landwirte versprechen sich von dem deutschen Markt sehr viel. Deshalb sollen die Agrarverordnungen schnell verabschiedet und auch die Angleichung der Preise möglichst beschleunigt werden. Die deutsche Position ist völlig anders. Die deutsche Agrarpolitik möchte den jetzigen Zustand möglichst lange aufrechterhalten. Auf der anderen Seite sind aber starke Kräfte am Werk, um eine internationale Verständigung über GATT und Kennedy-Runde zu erzielen, also eine weltoffene, insbesondere Industriepolitik zu betreiben. So sind die Gewichte bei den einzelnen Ländern ganz verschieden.

Erreicht worden ist ein Kompromiß, der, wie alle Kompromisse, auch seine Schattenseiten hat. Den Franzosen ist konzedierte worden, daß noch ausstehende Agrarmarktverordnungen bis zum Ende des Jahres erlassen werden sollen. Das gilt insbesondere für Milch und Milchprodukte, für Reis und für Rindfleisch. Auf der anderen Seite haben die Franzosen die Konzession gemacht, daß in die Kennedy-Runde auch die Agrarprodukte einbezogen werden. Man weiß aber noch nicht in welcher Weise, da man ja noch kein Preisziel innerhalb der EWG hat. Infolgedessen sind in diesem Bereich sehr große Ungewißheiten geblieben. Das Schwierigste ist zweifel-

los die Angleichung des Preisniveaus, die ja nach den Intentionen der Kommission auf einer mittleren Linie erfolgen soll. Es braucht nicht das arithmetische Mittel zu sein, es kann irgendein gewogenes Mittel sein, es kann von dem arithmetischen Mittel erheblich abweichen. Die Kommission hat es aufgegeben, etwa für 1970, für das Ende der Übergangszeit, einen festen Preis zu nennen. Wenn man schon einen Preis nennen würde – darüber wird in den nächsten Monaten diskutiert –, dann würde man diesen Preis mit einem Index irgendwelcher Art versehen, der die Veränderung der Situation anzeigt, zum Beispiel einem Index der Betriebsmittelpreise oder ähnlichem. Niemand kann natürlich heute sagen, wie im Jahre 1970 die europäische Wirtschaft aussehen wird, und niemand wird sich erlauben, einen festen Preis für diese Periode zu nennen. Aber in Verbindung mit einem Index, der eine gleitende Anpassung ermöglichen würde, könnte man immerhin einen solchen Preis fixieren.

Die andere Methode ist, zunächst überhaupt keinen Preis zu nennen, sondern pragmatisch mit einer etappenweisen Angleichung zu beginnen. Die ersten Versuche sind jetzt im Ministerrat gemacht worden. Dabei ist aber wenig herausgekommen. Das einzige ist eigentlich, daß die Standards bei Futtergetreide etwas angeglichen sind. Das würde bei uns einen um 6 DM niedrigeren Gerstenpreis bedeuten. Das braucht niemanden aufzuregen, da wir auch nach Auskunft des Ministeriums wissen, daß die bisherigen Gersten- und Maispreise bei uns viel zu hoch waren und ein gewisses Handikap für die Veredelungswirtschaft bedeutet haben.

Das Ganze wird aber dadurch außerordentlich erschwert, daß nicht nur bei uns, sondern international die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft mit der Einkommensentwicklung in den übrigen Wirtschaftszweigen, insbesondere in der Industrie, nicht Schritt gehalten hat. Die Amerikaner drücken das so aus, daß sie sagen: Nach dem zweiten Weltkrieg haben es die Blaukragen, die Industriearbeiter, fertiggebracht, die Weißkragen, die Angestellten und Beamten, und die Grünkragen, die Landwirte, zu überrunden. Das hat natürlich einleuchtende Gründe. Besonders hat die „zweite industrielle Revolution“ auf allen Gebieten die Verhältnisse wesentlich geändert.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts stand die Überlegung über die Entwicklung der Landwirtschaft und der übrigen Wirtschaft im Zeichen der Kenntnis des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag oder, wie man besser sagt,

vom abnehmenden Ertragszuwachs. Von Turgot, dem Minister Ludwig XVI. formuliert, dann später benutzt von Ricardo, Malthus, Smith und John Stewart Mill, bedeutet dieses Gesetz ökonomisch, daß die Begrenztheit der Bodenfläche bei sehr starkem Bevölkerungswachstum eine Tendenz der zunehmenden Kaufkraft landwirtschaftlicher Erzeugnisse hervorruft. Die Schwierigkeit, eine steigende Menschenmenge zu versorgen, würde immer größer werden, die Grundrenten in Europa würden ansteigen und Kapital und Arbeit würden den Grundbesitzern tributpflichtig werden. Das war also die These am Anfang des Jahrhunderts, entwickelt aus der Naturabhängigkeit der Landwirtschaft. Das ist historisch insofern äußerst interessant, weil heute umgekehrt die Nachteile der Landwirtschaft auf die Natur zurückgeführt werden. Das deutet darauf hin, daß man dieses Argument als ein ernstes Argument in der säkularen Entwicklung überhaupt nicht anwenden kann, sondern daß ganz andere Dinge maßgebend für die landwirtschaftliche Preisbildung sind. In Wirklichkeit ist natürlich entscheidend, was die Menschen wollen. Wenn die Nachfrage entsprechend ist, wird alles produziert und werden alle Kosten gedeckt, die dazu nötig sind. Wir müssen uns also danach umsehen, wieso die Argumente der Klassiker sozusagen suspendiert worden sind. Daß sie noch reale Bedeutung haben, sehen wir in Ostasien. Dort haben wir „Malthusianische“ Länder, wo die Menschheit schneller wächst als die Nahrungsmittel, mit all den üblen Folgen. Warum ist es möglich gewesen, daß die europäisch-amerikanische Menschheit diesem Dilemma entgangen ist?

Da bietet sich zunächst ein Argument an, das sehr einleuchtend, aber oft vergessen ist: Nur die europäische Menschheit hat die große Chance gehabt, ihre Bodengrundlage im 19. Jahrhundert in unerwarteter Weise zu vergrößern. Ganze Kontinente standen für die Besiedlung offen, in Kanada, in den USA, Australien, Neuseeland usw. Da war viel Platz für Menschen. So sind ja im Laufe des 19. Jahrhunderts über 30 Millionen Europäer nach Übersee ausgewandert. Die sogenannten Entwicklungsländer haben heute diese Möglichkeit des Auswanderns nicht. Denen wächst keine neue Bodenbasis zu. Das ist einer der großen Unterschiede, weshalb wir die europäischen Verhältnisse nicht mit der Situation vergleichen dürfen, in der sich die Entwicklungsländer von heute befinden. Es gab einen Glücksfall, der nur den Europäern im Laufe der Geschichte zugefallen ist. Aber Sie wissen ja, welche Folgen das gehabt hat. Sobald man in Amerika aus dem Waldgebiet heraus war und die freie Steppe vor einem lag, da konnte man in sehr kurzer Zeit neue Flächen gewinnen. Man brauchte nur den Pflug

breiter zu machen, die Prärie aufzupflügen und auf den schönen Schwarzerdeböden Weizen zu säen, was ja dann auch zu der ersten Getreidekrise in Europa Ende des 19. Jahrhunderts geführt hat. Das ist ein ganz elementarer Grund dafür, weshalb das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs suspendiert worden ist.

Aber es gibt noch andere Gründe. Ein Grund ist der technische Fortschritt auf dem Gebiet des Pflanzenbaus und der Tierzucht. Die Erträge wurden dadurch ganz außerordentlich gesteigert, sie nahmen stärker zu als die Bevölkerung. Aber nicht nur die Pflanzenzüchtung und die Tierzüchtung, sondern auch die technischen Erfindungen haben dazu beigetragen. Als der im ersten Weltkrieg zum erstenmal verwendete Tank als Kriegsmaschine abgebaut und als friedlicher Traktor auf die landwirtschaftlichen Flächen „losgelassen“ wurde, war wieder eine neue Periode angebrochen. An und für sich hebt natürlich die Mechanisierung nicht die Erträge, aber hier haben wir ein besonderes Phänomen; denn der Traktor ersetzt ein Tier, nämlich ein Pferd, das Futterfläche nötig hat. Die Einsparung an Futterfläche durch den Traktor beträgt viele Millionen Hektar. Diese Futterflächen werden nun für Verkaufsfrüchte einsatzfähig. Infolgedessen ist das Angebot an verkaufsfähigen Früchten sehr stark gestiegen.

Das sind also Entwicklungen, die sowohl die Bodenfläche wie die Bodenerträge sehr stark gesteigert haben. Nun, wie ist es auf der anderen Seite, mit der Bevölkerung, gegangen? Das Wachstum der Bevölkerung ist immer langsamer geworden, die Geburtenraten haben abgenommen. Sie liegen jetzt in Europa zwischen 0,7 und 1%. Die Vereinigten Staaten, die noch die höchste Geburtenrate der Industrieländer haben, liegen bei 1,7. Asiatische Länder haben 3 bis 4%. Es ergibt sich eine erschreckende Vorstellung, wenn sich das bis zum Jahre 2000 noch auswirkt. Die ganze weiße Menschheit der Erde wird in eine Minderheitssituation kommen. Aber jedenfalls ist es so, daß die Nachfrage nach Nahrungsmitteln in den Industrieländern des Westens nicht mehr die Dringlichkeit hat, wie man sie am Anfang des Jahrhunderts vermuten konnte. Man muß immer bedenken, daß auch Theorien im Anschluß an die wirklichen Verhältnisse geboren werden. Man sah das Anwachsen der Bevölkerungszahl, wobei man nicht wußte, wohin mit den Menschen. Es war eine Zeit, in der in meiner Osnabrücker Heimat noch in der Mitte des Jahrhunderts ein Drittel der Bevölkerung Armenunterstützung bezog. Es wurde dann das Ventil durch die Auswanderung nach Amerika geöffnet und schließlich durch die Industrialisierung der Druck vom Lande genommen. Dagegen besteht in den ost-

asiatischen Ländern das Mißverhältnis zwischen Bevölkerungszunahme und Nahrungsmittelproduktion fort.

Dann haben wir einen weiteren Effekt, der uns als Erklärung für das Zurückbleiben des landwirtschaftlichen Einkommens in den Industrieländern dienen kann. Das ist die Tatsache, daß mit zunehmendem Wohlstand der Anteil des Einkommens, der für Nahrungsmittel ausgegeben wird, abnimmt. Zwar steigt die Nachfrage nach Nahrungsmitteln absolut, aber nicht mehr proportional zur Entwicklung des Einkommens. Wenn das Einkommen 10% steigt, dann können wir heute annehmen, daß in Europa im Schnitt die Nachfrage nach Nahrungsmitteln ab Hof nur noch 4 bis 5% zunimmt, in den Vereinigten Staaten ist nur eine Steigerung um 1,8% vorhanden. In Schweden ist es ähnlich. In diesen Ländern ist in kurzer Zeit ein Wohlstandseffekt in bezug auf die landwirtschaftliche Nachfrage überhaupt nicht mehr da. Je wohlhabender die Völker werden, desto satter werden sie. Der physiologische Bedarf an Nahrung ist gedeckt, aber alle anderen Bedürfnisse sind noch fast unbegrenzt. So entsteht die Tendenz, daß die landwirtschaftliche Produktion schneller steigt als die Nachfrage und daß unverkäufliche Überschüsse entstehen.

Ich erwähnte vorhin schon die zweite industrielle Revolution, die dazu geführt hat, daß man durch Kombination von Arbeitskraft mit mehr Kapital und einem sehr wirksamen Kapital in der Lage gewesen ist, die Einkommensverhältnisse sehr stark zu verbessern. Wenn wir uns den Kapitaleinsatz in den verschiedenen Jahrzehnten der Vergangenheit ansehen, so müssen wir feststellen, daß es gelungen ist, immer mehr aus dem Dollar oder der Mark herauszuholen, indem zweckmäßigere Produktionsmittel, zweckmäßigere Maschinen usw. produziert worden sind. Wir haben also den Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen und dabei nur Freisetzung der Arbeiter in einzelnen Industrien, aber nicht im ganzen industriellen Sektor; denn das Volumen der Bedürfnisse ist so groß gewesen, daß man mit diesem Kapitalaufwand nicht nur mehr Arbeiter beschäftigen, sondern auch höhere Löhne zahlen können. Das Postulat in allen entwickelten Ländern ist also: Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch sinnvollen Einsatz der großen Sklavenarmee, der Maschinen.

Diese Methode ist ja nun erstaunlicherweise auch in Gebiete eingebrochen, an die man vorher gar nicht gedacht hat. Wenn Sie heute eine moderne Geflügelhaltung oder eine moderne Schweinemast ansehen, dann sehen Sie,

daß das Gesetz der Serienproduktion und der degressiven Kosten auch hier gilt. Hier ist in eklatanter Weise wieder das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs suspendiert. Je größer die Bestände, desto rentabler kann man produzieren. So gehen also die wirtschaftlich optimalen Herdengrößen beim Milchvieh weit über das hinaus, was heute an Herdengrößen bei uns vorhanden ist. Ein Facharbeiter kann gut und gerne 30 bis 40 Milchkühe oder 600 bis 800 Schweine oder 5000 Legehennen oder 60 000 Hähnchen versorgen. Im Handel ist es ebenso. Dort ist auch die Tendenz zu größeren Betriebseinheiten da. Wir haben Warenhäuser, Filialgeschäfte und Großkantinen. Sie sehen also, überall gibt es das Gesetz der „größeren Dimension“. Ich möchte nicht sagen, es gibt allgemein eine gesetzmäßige Entwicklung zum Großbetrieb, sondern nur das Gesetz der größeren Dimension. Man muß alle Dinge neu kalkulieren. Das gilt für die landwirtschaftliche Produktion, für den Absatz, für die Organisation der Verarbeitung. Das bedeutet, daß man in der Landwirtschaft, rein ökonomisch gesehen, den einzelnen Betriebszweig möglichst ausdehnen müßte, um zum Beispiel mehr Flächen mit den Maschinen zu kombinieren, um mehr Vieh mit der Arbeitskraft zu kombinieren. Das bedeutet Spezialisierung, auch wenn die Spezialisierung der Landwirtschaft gewisse Grenzen hat.

Nun, das ist etwas Neues. Dem steht die sehr verfestigte Betriebsgrößenverteilung entgegen, die in der geschichtlichen Entwicklung entstanden ist. Der Boden ist sehr stark aufgeteilt worden. Unter dem Zwang des Bevölkerungsdrucks früherer Zeiten hat man immer weiter geteilt. Nur die Angelsachsen, die ja die großen Flächen in Übersee in Besitz genommen haben, haben es fertiggebracht, eine großbäuerliche Betriebsgrößenverteilung in viel stärkerem Maße aufrechtzuerhalten. In Kontinentaleuropa, wo kein Empire zur Verfügung stand, um die Menschen aufzunehmen, da ist die „Kleingütere“ wie man sagt, sehr stark vorgedrungen.

Das alles erklärt die sogenannte „Einkommensdisparität“, die zwischen Landwirtschaft und Industrie und innerhalb der Landwirtschaft festgestellt worden ist. Diese Einkommensdisparität wird bei uns an den „Grünen Berichten“ gemessen, und zwar nach meiner Meinung nur einigermaßen grob. Ich würde mir einen etwas anderen Aufbau der Grünen Berichte wünschen. Ich möchte die ganze Skala der Streuung haben. Dann würde man sehen, daß nicht der Durchschnitt maßgebend ist, sondern daß viel mehr Betriebe besser und viel mehr Betriebe schlechter liegen, als im Grünen Bericht ausgewiesen wird. Denn was bedeutet schon der Durchschnitt? In einem solchen werden Plus- und Minusvarianten zusammengezogen.

Die Plusvarianten kommen also nicht genügend zum Ausdruck, die Minusvarianten aber ebensowenig.

Weshalb ist nun die Einkommensdisparität, die es auch früher gegeben hat, so stark zum Gegenstand der wirtschaftspolitischen Diskussion und Auseinandersetzung geworden. Es ist sehr bemerkenswert, daß diese Disparität eine Entdeckung nach dem ersten Weltkrieg ist. Vorher hat man darüber nicht gesprochen, weil man keine entsprechenden Statistiken zur Verfügung hatte. Dieses Problem tauchte zum erstenmal in Form der „Preisschere“ beim russischen Theoretiker Wargha auf. Er hat auch den Ausdruck Preisschere erfunden, wie ja meistens alle mechanischen Ausdrücke aus dem kommunistischen Bereich kommen. Dann haben die Amerikaner eine „Preisparitätspolitik“ betrieben. Während die Amerikaner nach dem ersten Weltkrieg damit anfangen, begannen die europäischen Länder nach dem zweiten Weltkrieg mit diesen Dingen.

Hier liegt, unterstützt von der Statistik, ein Wandel in der ganzen Auffassung vor. Während man früher, als man keine Statistik hatte, aus der Erfahrung seine eigene Situation mit der seines Vaters oder Großvaters verglich und danach trachtete, daß es die Söhne noch etwas besser haben sollten – der vertikale Vergleich in der Zeit –, macht man heute überall, in allen Berufszweigen, den horizontalen Vergleich mit dem Nachbarn. Dieser horizontale Vergleich zeigt natürlich, daß im Einkommen Unterschiede vorhanden sind. Nun ist das Problem: wo sucht man sich den Nachbarn, mit dem man sich vergleichen will. Die Menschheit, insbesondere die europäische Menschheit ist keine Menschheit mehr, die geradeaus in die Zukunft blickt, sondern eine „schielende“ Menschheit, die gleichzeitig nach links und rechts zu sehen sich bemüht und dabei oft den Weg verpaßt, der geradeaus richtig gewesen wäre. Das heißt, es werden viele praktische Arbeiten und Maßnahmen versäumt, weil man durch diesen schielenden Blick befangen ist. Das gilt für alle Berufszweige. Daß dabei die Landwirtschaft keine Ausnahme macht, ist natürlich klar. Man könnte das mit folgendem Bild, das ich schon an anderer Stelle gebraucht habe, zeigen:

Stellen Sie sich zwei Eisenbahnzüge vor, die den Bahnhof verlassen. Der eine Zug fährt etwas schneller als der andere. Sie gucken aus dem Fenster. Welche Betrachtung stellen Sie an? Sie vergessen ganz, daß Sie selber fahren, Sie achten nur darauf, wie schnell der andere fährt. Das ist genau die Optik, die heute die Wirtschaftspolitik bestimmt. Wenn Sie allein fahren, können Sie die Geschwindigkeit nur an dem Tempo messen, mit dem Sie an den Bäumen an der Straße und an den Telegraphenpfählen vorbeifahren.

Das ist die alte Methode. Aber daß wir uns von der Stelle bewegen, ist uns zur Selbstverständlichkeit geworden. In den Einkommensdifferenzen wird ein Mangel der Gesellschaftsordnung gesehen. Aber es wird vergessen, daß sie auf der anderen Seite das Mittel sind, durch das sich die Wanderung der menschlichen Arbeitskräfte zwischen den verschiedenen Beschäftigungen vollzieht.

Deshalb muß ja in Entwicklungsländern durch Industrialisierung ein neues Einkommensgefälle geradezu hergestellt werden, damit die Abwanderung aus der überbevölkerten Landwirtschaft ermöglicht wird. Auch bei uns, das wissen Sie, haben die Menschen auf dieses Einkommensgefälle reagiert. Ausdruck dafür ist die Abwanderung aus der Landwirtschaft. Diese Abwanderung ist erstaunlich groß gewesen. Wir hatten 1950 noch etwa 3,8 Mill. Vollarbeitskräfte, wobei Arbeitskräfte unter 16 Jahren mit 0,5, von 16 bis 65 Jahren mit 1,0 und über 65 Jahren mit 0,3 Vollarbeitskräften gerechnet werden. Bis 1958/59 reduzierte sich die Zahl der Vollarbeitskräfte auf 2,6 Mill. In den letzten vier Jahren sind wieder 400 000 abgewandert. Wir haben jetzt noch einen Bestand von 2,2 Mill. Vollarbeitskräften.

Es kann angenommen werden, daß die Abgewanderten dabei ihre Lage verbessert haben, und daß dieser Prozeß einem neuen Gleichgewicht in der gesellschaftlichen Verteilung der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung zustrebt. Hier setzt andererseits das kollektive Bemühen des Bauernverbandes ein, den Abwanderungsvorgang durch Maßnahmen der Agrarpolitik aufzuhalten. Die Abwanderungswilligen sollen in der Landwirtschaft dasselbe verdienen, was sie anderswo verdienen könnten. Diese seit 1956 mit Hilfe der Grünen Pläne aktivierte Politik hat keinen nennenswerten Erfolg gehabt. Der Prozeß hat besonders an zwei Stellen zu starken Veränderungen geführt: einmal an der unteren Seite der Betriebsgrößenskala und zweitens im Bereich der großbäuerlichen Betriebe. Das sind heute hauptsächlich die Regionen in der Landwirtschaft, die auf dieses ökonomische Wachstum des letzten Jahrzehnts am empfindlichsten reagieren. Etwa 400 000 Kleinbetriebe sind zwischen 1950 und 1960 aufgegeben worden, d. h. ihre Besitzer haben den landwirtschaftlichen Hauptberuf mit einem anderen vertauscht. Sie haben jetzt einen industriellen Hauptberuf oder einen Dienstleistungshauptberuf erworben und bewirtschaften ihre Flächen zum Teil noch weiter, zum Teil haben sie sie verpachtet. In manchen Gegenden, in denen der Prozeß sehr schnell vor sich ging, haben die Flächen auch teilweise brachgelegen. Sie zu verkaufen, ist keiner recht bereit, weil das deutsche Volk

zwei Inflationen erlebt hat und den Sachwert wohl zu schätzen weiß, und weil viele bei der Expansion der Wohnviertel und der Industrie darauf hoffen, daß ihre Parzellen noch Bauland werden. Aber dieser Prozeß geht weiter, ziemlich geräuschlos, denn die Kleinbauern, die den Berufswechsel vollziehen, stehen sich nachher wesentlich besser als vorher. Sie kombinieren nämlich ein hohes Industrieinkommen mit einem erheblichen Grad von Selbstversorgung und mit einem eigenen Haus. Wer hat das sonst? Wer kommt so billig zu einer Wohnung? Da ist also für eine ganze Familie eine durchgreifende Verbesserung der Lebenslage vorhanden.

Ich muß das immer mit dem früheren Schicksal in Kleinbauerngebieten vergleichen, wo jahrhundertlang der Nachwuchs und selbst diejenigen, die einen Betrieb hatten, den Staub der Heimat von ihren Füßen schüttelten, um das Ausland aufzusuchen. Sie sind bis an die Wolga, in das Schwarze-Meer-Gebiet, nach Ungarn, nach Pennsylvanien usw. gewandert. Es war absolute Armut, und der Bevölkerungsdruck trieb sie außer Landes. Dann kam in Süddeutschland die Entwicklung der Industrie, und die Auswanderung war nicht mehr nötig. Jetzt, durch die Industrieentwicklung unserer Zeit, ist es auch möglich, die Kleinbetriebe zum großen Teil aufzugeben, also ein Prozeß, der ohne Protest der Bevölkerung abläuft. Seltsamerweise ist die Abneigung gegen diesen Prozeß in Norddeutschland größer als bei den eigentlich Beteiligten in Süddeutschland.

Auf der Seite der Großbauernwirtschaften kann man klar und deutlich von einem „Zusammenbruch der großbäuerlichen Lebensform“ sprechen. Es ist ein sozial sehr empfindlicher Prozeß, der sehr viel von den Ressentiments erklärt, die sich heute in diesen Kreisen gegen die Entwicklung der letzten Jahre eingestellt haben. Was war früher auf einem Großbauernhof los? Wir haben noch vor 30 Jahren den bäuerlichen Familienbetrieb als einen Betrieb definiert, in dem die Bauernfamilie den Kern der Arbeitsverfassung, aber nicht den gesamten Bestand stellt. Man sagte, wenn sie 50% ausmacht und 50% junge Leute, Knechte und Mägde mitarbeiten, dann ist das auch noch ein Familienbetrieb. Auf dem Familienbetrieb waren in der Regel noch die nachgeborenen Kinder, die wenigstens einige Jahre auf dem Betrieb arbeiteten, ja in manchen Gegenden, die etwas abgelegen waren, waren noch unverheiratete Schwestern und Brüder, die ihr ganzes Leben auf dem Hof verbrachten, also sogenannte Onkel und Tanten. Diese Situation war für die nicht zum Grundbesitz zugelassenen Kinder eine höchst bedauerliche Erscheinung. Sie haben ihr ganzes Leben dem Hof

gespendet, und nur das soziale Prestige, zum Hof zu gehören, war das einzige, was sie neben einem kleinen Taschengeld davon hatten.

Nun kommt die neue Industrieentwicklung, die Vollbeschäftigung, und sie schält diese bäuerliche Großfamilie vom Rande her ab. Am lockersten sitzen die jungen Knechte und Mädchen, die in jungen Jahren eine Beschäftigung in der Industrie finden und heiraten können. Wenn ich in meiner Heimat auf die Höfe komme, höre ich immer, daß man viel Arbeit hat und mit der Sache nicht fertig wird. Wenn ich frage, was die Kinder machen, dann höre ich: sie sind natürlich in der Ausbildung. Ich war gestern in Oldenburg. Da hatte einer 6 Kinder. Der Bauer sagte: 4 habe ich studieren lassen, 2 haben einen praktischen Beruf, keiner übernimmt den Hof. Ich sagte: Der Hof muß doch noch viel abwerfen, wenn Sie 4 Kinder studieren lassen konnten. Er sagte: Ja, er wirft auch ganz gut etwas ab, aber die jungen Leute wollen das ja auch nicht mehr. Sie wollen kürzere Arbeitszeiten haben, sie wollen ein freies Wochenende haben; das kann ich ihnen natürlich auf dem Hof nicht bieten.

Wenn wir nicht den Extremfall ins Auge fassen, so ist die bäuerliche Familie heute eine Kleinfamilie, in der in Zukunft nur noch zwei volle Arbeitskräfte vorhanden sein werden. Man kann im bäuerlichen Betrieb heute auf dem Lande nur noch die Leute halten, die zu Grundbesitz kommen oder die sonst eine selbständige Existenz auf dem Lande finden, die ihnen die Gründung einer Familie ermöglicht. In Großbetrieben dagegen wird man bei guten Wohnverhältnissen und geregelter Arbeitszeit Leute finden, die noch in abhängiger Stellung leben wollen, sie können ja auch heiraten. Bei ihnen ist das Existenzproblem gelöst. Im Ruhrgebiet ist die Fluktuation sehr stark. Es gibt sogar viele Rückwanderer aus der Industrie, z. B. aus dem Bergbau und der Metallindustrie. Sie ziehen die Arbeit auf dem Lande vor, wenn sie in einem gut mechanisierten Betrieb eine geregelte Arbeitszeit und gute Wohnung haben. Die Art ihrer Tätigkeit auf dem Lande ist ihnen oft so viel wert, daß sie sie zum Teil zu billigeren Löhnen übernehmen. Aber für die große Masse trifft das nicht zu.

Wir Professoren sind wegen eines Gutachtens schwer angegriffen worden. Wie ist das denn nun eigentlich? Die ganze Wirtschaft steht im Zeichen des volkswirtschaftlichen Wachstums. Das ist eigentlich eine erfreuliche Erscheinung, die aber zu einer Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit im ganzen führt. Arbeit strebt dorthin, wo sie auf die Dauer am meisten entlohnt wird. Wir haben nun die Kalkulation angestellt, wie viele landwirtschaftliche Arbeitskräfte es 1975 noch geben kann, wenn die Ein-

kommenserwartungen, wie bisher, mit den Möglichkeiten des Industrieerdienstes abgestimmt werden? Wir setzen weiter voraus, daß das Sozialprodukt bis 1965 jährlich um 3,4% und dann mit 2,8% – das ist mäßig – weiter wächst. Dann würden wir, gemessen an Industrielöhnen, 1975 einen Lohnanspruch der Landarbeiter und der Familienmitglieder von 7600 DM im Jahr haben. Wie viele Menschen können 7600 DM verdienen, wenn wir das heutige Preisniveau beibehalten? Wir kamen zu dem Ergebnis, daß dann nur noch für 600 000 weniger Platz ist. Wir haben unsere Betrachtungen als Konditionalsatz formuliert: Wenn diese Bedingungen, nämlich das Wirtschaftswachstum und die Lohnansprüche, erfüllt sein sollen, für wieviel Arbeitskräfte wird dann das globale Betriebseinkommen reichen? Daraus ist in der Öffentlichkeit gemacht worden, wir hätten eine Willenserklärung abgegeben, und wir wollten die Leute vom Lande vertreiben. Das ist völliger Unsinn. Unsere Modelle sind in der Öffentlichkeit nicht verstanden worden. Die Leute gehen sehr viel mit Statistiken um, aber verstehen können sie sie nicht. Damit muß man sich abfinden.

Aber inzwischen hat sich herausgestellt, daß es sich gar nicht um Abwanderung zu handeln braucht. Die Entwicklung ist schon ganz klar vorgezeichnet. Wenn wir uns den Altersaufbau der heute in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung ansehen, dann haben wir unter 20 Jahren nur noch 5%, dagegen sind die älteren Jahrgänge noch sehr stark besetzt. Wenn man das durchkalkuliert – in einem Aufsatz von Dr. *Kratz* ist das gemacht worden –, kommt man zu dem Ergebnis, daß jährlich durch Alter, Invalidität und Tod etwa 95 000 Menschen aus der Landwirtschaft ausscheiden und nur etwa 40 000 unten zuwachsen. Es ergibt sich daher aus dem Altersaufbau ohne jede Abwanderung ein jährliches Defizit von etwa 55 000 Menschen. In 15 Jahren sind das etwa 850 000. Allein aus dieser Tatsache ist also zu entnehmen, daß die Landwirtschaft in 15 Jahren über viel weniger Arbeitskräfte verfügen wird als heute. Das ist eine Entwicklung, der niemand mehr ausweichen kann. Wir wissen nicht genau, wo diese Überalterung am stärksten ausgeprägt ist, aber wahrscheinlich in sehr vielen Kleinbetrieben. Da würde also der Effekt am durchschlagendsten sein. Interessant wäre die Frage, wie viele Betriebe in Deutschland noch einen Anerben haben. Die Holländer haben eine solche Untersuchung gemacht. Da waren in 50% der Betriebe unter 7,5 Hektar keine Nachkommen da, die den Betrieb übernehmen wollten, jeder Betrieb von 7,5 bis 15 Hektar hatte noch einen Übernehmer, in Betrieben über 15 Hektar waren 2 Söhne bereit,

den Betrieb zu übernehmen, weil diese Betriebe noch etwas abwarfen. Zu ähnlichen Ergebnissen würde man vielleicht bis uns auch kommen.

Das ist das, was man in der Öffentlichkeit als einen Schrumpfungsprozeß bezeichnet hat, der von niemand willentlich herbeigeführt wird, der aus dem gesamten volkswirtschaftlichen Prozeß hervorgegangen ist und der in Zukunft auch nicht aufgehoben werden kann. Die Frage ist nur, wie man diese Entwicklung in die richtigen Bahnen lenkt und wie man in der richtigen Weise den Leuten hilft, die vor dieser Situation stehen. Da kann im großbäuerlichen Bereich nur die Abstimmung der Betriebsorganisation auf die geschrumpfte Arbeitskräftezahl die Lösung sein. In Holstein ist sie in vollem Gange. Dort „werfen sie die Hackfrüchte heraus“, sie machen einen einfachen Betrieb und verlieren an Intensität des Anbauverhältnisses, wobei die Erträge noch nicht abzunehmen brauchen, denn die Einzelerträge pro Hektar und die Erträge pro Tiereinheit sind von dem Einsatz der Arbeitskraft unabhängig. Das ist eine technische Angelegenheit der Düngung, der Züchtung usw.

Im unteren Bereich der Betriebsgröße haben wir eine große Schwierigkeit. Es ist kein Problem in dem von der Industrie durchsetzten Gebiet. Darum brauchen wir uns nicht viel zu kümmern. Aber unsere Problemgebiete sind Teile der Eifel, des Hunsrücks, der Rhön, des Vogelsbergs und des Bayrischen Walds, es sind Gegenden, aus denen heute die Landbewohner 40 bis 80 km pendeln: vom Bayrischen Wald nach München und Nürnberg, von der Eifel nach Leverkusen und Köln usw. Sie bringen täglich Stunden auf der Bahn zu, um sich Einkommen heranzuholen. Wenn die Pendler wegen einer Dauerexistenz sich eine Wohnung in den Ballungsgebieten suchen, besteht die Gefahr, daß die Gemeinden ausbluten. Die Gemeindefinanzen reichen nicht hin und nicht her, ein Handwerker kann sich nicht mehr halten, kein Kaufmann findet mehr eine Existenz, keine Schule kann mehr aufrechterhalten werden. Es kommt eine Depression, wie sie im Zentralmassiv in Frankreich schon in früheren Jahrzehnten stattgefunden hat. Hier kommt es nun darauf an, das Gemeindeleben, ja die ganze Kulturlandschaft zu erhalten. Das geht nur, indem man dort durch großzügige Infrastruktur: Verbesserung des Verkehrswesens, der Wasserverhältnisse, der hygienischen Verhältnisse, der Schulverhältnisse, Anziehungspunkte schafft. Nicht in jedem Dorf, sondern in zentralen Orten muß für Industrieansiedlung gesorgt werden. In diesen Gebieten ist die beste Agrarpolitik eine vorausschauende Industriepolitik.

Die Situation der Landwirtschaft wurde bei uns klar, als die gute Kon-

junktur in Hochkonjunktur übergang. Das war 1954/55. Da ging – wie ich schon sagte – die Vollbeschäftigung langsam in die Überbeschäftigung über. Da wurde die Entwicklung in der Landwirtschaft rasanter. In diesem Moment ist das Landwirtschaftsgesetz vom September 1955 erlassen worden, das ja bestimmt, daß die Regierung durch ihre Wirtschaftspolitik, Preispolitik, Steuerpolitik, Handelspolitik usw. dafür zu sorgen hätte, daß auf dem Lande Bedingungen geschaffen werden, die ökonomisch und sozial mit den Bedingungen in der Umwelt, insbesondere mit den Bedingungen in der Industriewirtschaft, vergleichbar sind. Dieser „Grüne Plan“ hat zwei Seiten. Die eine Seite, die also von der Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit der Strukturumwandlung in dem Sinne ausgeht, wie ich das eben skizziert habe, war eigentlich der Lübke-Plan. Damit kombinierte man dann einen anderen Plan, der es ermöglichen sollte, das Einkommen der Landwirtschaft insgesamt anzupassen, d. h. zu heben.

Nun, wie sollte man das machen? Aus den vorhin skizzierten allgemeinen Umständen in der europäischen Landwirtschaft, in der tendenziell die Produktion schneller stieg als die Nachfrage, war bei den Preisen nichts Wesentliches herauszuholen. Welchen Weg sollte man nun beschreiten? Möglichst einen neutralen Weg, und zwar den Weg der Preisstützungen über das Steuerbudget. Das war der Weg des geringsten Widerstandes. Für diesen Weg konnte man auch die politischen Parteien gewinnen. Man konnte den Bundesverband der Deutschen Industrie dafür gewinnen. Ich habe damals, als die Sache aufkam, zunächst eine andere Lösung vorgeschlagen. Die Industrie war sehr positiv für den Grünen Plan. Sie hat damals sicher sehr gut verdient. Ich habe eine zweite Auflage des Silverberg-Planes vorgeschlagen, der ja in der Osthilfe ein Sondervermögen bildete, noch einmal die Umlage von 500 Millionen erhob und der Landwirtschaft in Form von Krediten zur Verfügung stellte. Ich sagte, das wäre eine Investitionshilfe der Industrie. Genau wie die verarbeitende Industrie die Schwerindustrie durch eine Investitionshilfe unterstützt hat, warum sollte dann nicht die Industrie insgesamt die schwierige Situation der Landwirtschaft überbrücken und eine großzügige Investitionshilfe gewähren? Das wäre eine echte Solidaritätserklärung gewesen. Diese Solidaritätserklärung, die nun die Industrie und auch die Parteien gemacht haben, kostet ihnen zunächst gar nichts. Es war der große Vater Staat, der angerufen wurde. Da der Staat heute ein Phantom ist, das zwar nicht sichtbar, aber allmächtig ist, das Gerichte wie das Tischlein-deck-dich schenkt, hat man sich an den Staat gewandt, der über ein Drittel des gesamten Volkseinkommens verfügt.

So kam der Grüne Plan zustande, mit seinen verschiedenen Zweigen einer echten Subvention. Eine echte Subvention ist die, die nicht mit Auflagen verbunden ist oder wenigstens nicht mit wesentlichen Auflagen. Das gilt in der Hauptsache auch für die Milchsubvention, die an Qualitätsbestimmungen gebunden ist, die praktisch heute von allen Bauern erfüllt werden. Sie sind unmittelbar einkommenswirksam. Die übrigen Hilfen, wie die Dieselmotorenverbilligung und Kunstdüngerverbilligung, sind Liquiditätshilfen oder, wie die vielerlei Beihilfen für Erzeugung und Absatz, Zweckzuwendungen, die gegeben werden, wenn der Bauer auch eigene Mittel beisteuert. Es gibt da viele Maßnahmen, die längst nicht alle im Grünen Plan stehen, sondern in den Etats des Bundes und der Länder. Dann gibt es sogenannte Entlastungszahlungen (Wegfall oder Ermäßigung von Steuern), Zinsverbilligungen und die Vorkehrungen zur Stabilisierung der Märkte, was ja auch im Interesse der Landwirtschaft geschieht, um Preiszusammenbrüche zu verhindern. Wenn ich das alles heute zusammenzähle, komme ich auf einen Betrag von ungefähr 4,5 bis 5 Milliarden DM, die in dieser Form gegeben werden. Davon ist die 1 Milliarde Milchsubvention direkt einkommenswirksam (600 Millionen vom Bund, 400 Millionen von den Ländern). In den sechs EWG-Staaten hat die Milchsubvention die 2-Milliarden-Grenze bereits überschritten. Das ist ein ganz massiver Block, den man durch marktpolitische Konstruktionen, wie jetzt die EWG versucht, nicht so leicht ersetzen kann. *Hansmeier* hat dem Problem der Subventionen ein lehrreiches Buch gewidmet.

Wie war nun die Bilanz der Grünen Pläne? Die Wirkung ist enttäuschend. Das Agrareinkommen ist nicht entsprechend gestiegen, weil diese Hilfen größtenteils gar nicht unmittelbar einkommenswirksam werden konnten, sondern über Investitionen gingen. Und mittelbar erhöhen Investitionen das Einkommen nur, wenn sie werbend angelegt sind. Wenn ich einen zinsverbilligten Kredit für 3% bekomme, dann bekomme ich die 3% nur dann aus der Produktion zurück, wenn ich richtig investiert habe.

Aber in Wirklichkeit ist folgendes passiert: Das landwirtschaftliche Einkommen pro Kopf des Beschäftigten ist zwar prozentual kräftig gestiegen, und zwar stärker als die Industrielöhne, aber da es 1955 bei Beginn der Hochkonjunktur auf einem viel zu tiefen Niveau stand, hat es die absolute Differenz in DM nicht aufholen können. Wenn z. B. ein Einkommen von 3000,— DM um 60% steigt, so ergibt das 4800,— DM, wenn ein Einkommen von 4000,— DM nur um 50% steigt, so erhalte ich 6000,— DM; d. h., die absolute Differenz ist von 1000,— auf 1200,— DM gestiegen. In

Wirklichkeit ist aber die Differenz ungefähr gleichgeblieben. Auf unser Beispiel übertragen, entspricht eine Steigerung des Industrielohnes von 50%, von 4000,— auf 6000,— DM, einer Zunahme des landwirtschaftlichen Arbeitseinkommens von 66%, von 3000,— auf 5000,— DM. Um die verbleibende Differenz von 1000,— DM auszugleichen, hätte das landwirtschaftliche Arbeitseinkommen nicht um 66%, sondern um 100% steigen müssen.

Damit wird schlagend bewiesen, daß die Subventionen auch mit viel größerem Einsatz nicht in der Lage sind, das Problem der Einkommensdisparität zu lösen. Und das wird bleiben, solange die Industrielöhne weiter steigen und die steigenden Löhne als Einkommenserwartung der Bauern und Landarbeiter in die Grünen Berichte einkalkuliert werden. Wenn das Arbeitseinkommen pro Kopf überhaupt um 66% zunehmen konnte, so ist das in der Hauptsache nicht auf die Subventionierung, sondern auf die massive Abnahme der Zahl der Arbeitskräfte zurückzuführen. Und da auch in Zukunft weder auf der Seite der Verkaufspreise noch auf der Seite der Betriebsmittelpreise wesentliche Verbesserungen für die Landwirtschaft zu erwarten sind, so bleibt als einziger Weg nur die Kostenersparnis durch Veränderung der Betriebsorganisation, wobei in erster Linie mehr Fläche auf die menschliche Arbeitskraft entfallen muß. Bei den größeren Betrieben bedeutet das: Ersatz menschlicher Arbeitskräfte durch Kapital, bei den kleineren Vergrößerung der Betriebsflächen. Da in beiden Fällen große Investitionen nötig sind, die nur mit ihren jährlichen Erträgen einkommenswirksam werden, so wird die Landwirtschaft noch lange mit der Disparität leben müssen. Das gilt besonders für alle Betriebe, die zuwenig Land haben und zuwenig Möglichkeiten, zuzukaufen oder zuzupachten. Andererseits wissen wir, daß es auch viele Betriebe gibt, die das Paritätsproblem für sich gelöst haben, aber leider sind das im Verhältnis zur Gesamtzahl zuwenig. Die Folgerung aus dieser Situation müßte klar sein: Agrarpolitik der Zukunft muß in erster Linie Agrarstrukturpolitik im weitesten Sinne sein. Von diesem wirtschaftspolitischen Standort aus erscheinen die traditionellen, auf die Preispolitik gerichteten Anstrengungen des deutschen Bauernverbandes weithin als illusionär.

Sie wissen, daß die Agrarpolitik die Öffentlichkeit dauernd beunruhigt. Ich möchte jetzt – ich mache das gern in Anwesenheit prominenter Landwirte – analysieren, welches die politische Situation der Verbände ist, die